

Inland

CBi

## **Genfer Stiftungen forschen Mehr Verständnis der Steuerbehörden gefordert**

Eine Vereinigung grosser Genfer Stiftungen, die Forschungsprojekte mitfinanzieren, verlangt vom Staat bessere Rahmenbedingungen und vor allem: steuerliche Erleichterungen. An einem Treffen mit Vertretern der Eidgenossenschaft, der Kantone und der Hochschulen wurden mögliche Verbesserungen erörtert.

C. Bi. Genf, 1. März

Die AGFA (Association genevoise de fondations académiques) vereinigt eine Reihe der bedeutendsten Genfer Stiftungen, die teilweise oder gänzlich in der Förderung der Forschung tätig sind. Unter ihrem Präsidenten Metin Arditi hat sie sich zum Ziel gesetzt, einerseits die Zusammenarbeit untereinander zu verbessern und andererseits das Gespräch mit den staatlichen Behörden zu suchen beziehungsweise zu intensivieren. Denn in der AGFA besteht die Meinung, der Einsatz der Stiftungen werde von den staatlichen Instanzen nicht immer genügend verstanden, gewürdigt und unterstützt; oder, um es noch deutlicher zu sagen: Der Staat stehe den Stiftungen, die ja das Ziel verfolgen, dort aktiv zu werden, wo die öffentliche Hand nicht hilft bzw. nicht helfen kann, ziemlich gleichgültig gegenüber.

Aus diesem Grund hat die AGFA am Freitag eine hochkarätige Runde von Vertretern der Behörden, des Parlaments und der Forschung nach Genf geladen, um ihre Anliegen vorzubringen und besonders für eine Verbesserung der fiskalischen Rahmenbedingungen zu plädieren. Als Experten war es Xavier Oberson, Professor für Steuerrecht an der Universität Genf, vorbehalten, eine Auslegeordnung möglicher fiskalischer Erleichterungen vorzunehmen. Bei den Einkommenssteuern empfahl er: höhere Abzüge für Schenkungen zugunsten der Forschung; grosszügigere Interpretation des Begriffs der Gemeinnützigkeit; Zulassen von Steuerabzügen bei Schenkungen zugunsten der Universitäten. - Bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern verlangt Oberson eine Harmonisierung zwischen den Kantonen. Schliesslich seien auch Verbesserungen bei der Mehrwertsteuer nötig, unter anderem eine grosszügigere Behandlung der Forschungsfonds und des

Sponsorings. Sponsorenbeiträge werden in der Regel mit Werbeausgaben gleichgesetzt und voll von der Mehrwertsteuer erfasst. Hier wäre laut Oberson eine flexiblere Lösung, das heisst ein reduzierter Mehrwertsteuersatz, wünschenswert.

In der anschliessenden Diskussion erklärte Gotthard Steinmann als Vertreter des Eidgenössischen Finanzdepartements, es beständen gute Aussichten, dass ein Grossteil dieser Forderung dank der parlamentarischen Initiative Schiesser in den nächsten Jahren in die Praxis umgesetzt werde. Staatssekretär Charles Kleiber empfahl den Teilnehmern, vermehrt in der Öffentlichkeit aufzutreten und dem Staat gleichsam einen "Deal" anzubieten: Da die öffentliche Hand angesichts der leeren Staatskassen nicht in der Lage sei, die weiter wachsenden Investitionen im Forschungsbereich mittels weiter wachsender Subventionen mitzutragen, sei der Privatsektor bereit, vermehrt einzuspringen. Dann aber müsse ihm der Staat bessere Rahmenbedingungen geben.

Mehrere Teilnehmer wollten gleich zur Tat schreiten. François Waldvogel erklärte, die Stiftungen dürften nicht zuwarten, bis in einigen Jahren die parlamentarische Initiative Schiesser in die Wirklichkeit umgesetzt werde, sondern sie müssten einen Plan mit klar definierten Meilensteinen ausarbeiten, die sofort verwirklicht werden. Ein konkreter Schritt wurde in Genf bereits getan: Die kantonale Finanzdirektorin Francine Brunschwig Graf erklärte sich bereit, zu prüfen, ob die Genfer Steuerverwaltung künftig Zuwendungen an Hochschulen nicht gleich wie Vergabungen an gemeinnützige Institutionen behandeln könnte. Bisher war dies beim Bund und bei den Kantonen deshalb nicht der Fall, weil Hochschulen nicht als juristische Personen, sondern als Anstalten des Staates gelten. Mit dieser restriktiven Interpretation schnitt sich aber der Staat ins eigene Fleisch, denn damit wurden private Spenden an staatliche Lehr- und Forschungsanstalten von den Steuerabzügen ausgenommen und gleichsam "diskriminiert".

Allerdings wurde an der Genfer Tagung auch klar gesagt, dass gemeinnützige Stiftungen nur dann mit staatlichen Vergünstigungen rechnen dürfen, wenn sie für Transparenz und gutes Management bürgen (Stichwort "Foundation Governance"). Dies bedingt eine verstärkte Koordination unter Vergabestiftungen und vielleicht eine (Teil-)Professionalisierung ihres Managements, wie sie beispielsweise auch von der Dachorganisation Swiss Foundations in Bern angestrebt wird. Denkbar wäre möglicherweise sogar die Schaffung eines Labels für gemeinnützige Vergabestiftungen, das auf Kriterien wie Transparenz der Buchhaltung, Qualität des Managements, Non-Profit-Orientierung usw. beruht. Ein solches Gütesiegel würde wohl auch ein Entgegenkommen des Staates erleichtern.

*733414, NZZ, 02.03.04; Words: 633*